

# Lobby- und Advocacyarbeit

## Warum gibt es für Südasiens noch keine institutionalisierte Koordination in Deutschland?

Aus der Runde des Forum Indien-bezogener Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, die sich im Mai 2008 zum dritten Mal in drei Jahren getroffen hat, ist eine Arbeitsgruppe „Lobby- und Advocacyarbeit“ entstanden. Ausgangspunkt ihrer Fragestellung ist die Tatsache, dass es zu einer ganzen Reihe von Regionen und Sachthemen koordinierte Lobby- und Advocacyarbeit auf nationalem und ergänzend dazu auf EU- bzw. UN-Niveau gibt, nicht aber zur Region Südasiens. Das SÜDASIENBÜRO, Mitglied der Arbeitsgruppe, hat zu diesem Thema in Abstimmung mit den anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe eine Studie in Auftrag gegeben. Verfasser der Studie ist Theodor Rathgeber. Die vollständige Studie, die weder als Meinungskundgebung des SÜDASIENBÜROS noch des Indien-NRO-Forums bzw. dessen Arbeitsgruppe zu Lobby- und Advocacyarbeit zu verstehen ist, wird auf Anfrage gerne an Interessenten als pdf-Datei versendet. Die Studie ist als eine Art Diskussionsgrundlage zu verstehen, die eine zielgerichtete Diskussion zum Thema Lobby- und Advocacyarbeit im Hinblick auf die Zielregion Südasiens bzw. Indien anstoßen soll. Im Folgenden dokumentieren wir Teile des Textes der Studie. (Dokumentation)

Die Aufgabenstellung kann in Stichworten so umrissen werden:

- Was bringt eine institutionalisierte Lobby-Arbeit im Verhältnis zu jetzt schon stattfindenden Lobby-Aktivitäten einzelner Mitglieder wie FIAN, EED, Misereor oder Adivasi-Koordination? Was wäre der zusätzliche Gewinn einer solchen Lobby-Tätigkeit?
  - Falls die Frage mit Ja beantwortet wird, wie müsste eine solche Lobby-Arbeit organisiert sein?
1. Was wären die absehbaren thematischen Schwerpunkte?
    - Menschenrechtsarbeit
    - Handelspolitikfragen
    - Armutsbekämpfung
    - Konflikttransformation
  2. Sollte die Lobby-Tätigkeit exklusiv auf Indien orientiert sein oder Südasiens als Bezugspunkt haben?
  3. Welche Reichweite sollte die Lobby-Tätigkeit anstreben:
    - deutsche Politik
    - europäische Politik
    - UN-Menschenrechtsmechanismen in Genf
    - UN-Sicherheits- und Friedensfragen/institutionalisierte Konfliktbearbeitung in New York?
  4. Wo wäre die Arbeitsstelle am besten platziert: in Berlin, in Bonn?

...

Die Studie wertet die Selbstdarstellungen von sieben Netzwerken sowie schriftliche wie mündlich geführte Interviews mit führenden Repräsentant/innen dieser Netzwerke aus; zum Leitfaden der Interviews s. Anhang. Es handelt sich um folgende Einrichtungen, die sich mit ähnlichen Fragestellungen beschäftigen und hinreichend praktische Erfahrungen aufweisen: *Sudan Focal Point/Sudan Forum*, *Watch Indonesia!*, *Ökumenisches Netzwerk Zentralafrika (ÖNZ)*, *NETZ (Wetzlar)*, *Tansania-Netzwerk*, *West-Papua-Netzwerk (WPN)*, *Indian Committee of the Netherlands (ICN)*. Die Untersuchung wurde im Zeitraum Juli bis Anfang September 2008 durchgeführt. Mit dem Büroleiter des West-Papua-Netzwerkes kam aus terminlichen Gründen kein Interview zustande. Hier erfolgt die Auswertung auf der Grundlage schriftlicher Zeugnisse sowie eigener Erfahrungen des Autors mit dem Lobbying zu West-Papua.

...

## IV. Ergebnisse

Die Lobby-Arbeit der befragten Netzwerke ist breit gefächert, wobei die Auswahl nach unterschiedlichen Aspekten vorgenommen wird; finanzielle und personelle Ausstattung ebenso wie strategische Entscheidungen zu spezifischen Situationen. Zentrale Ansprechpartner in Deutschland bilden das Auswärtige Amt, Abgeordnete des Bundestags und einzelner Fachausschüsse sowie das BMZ. Andere Re-

gierungsstellen (etwa Wirtschaft oder Umwelt) sind allerdings nur am Rande einbezogen. Entwicklungspolitische Demarchen beziehen immer auch den Rahmen der großen Politik mit ein. Vereinzelt werden Dialogversuche mit der Wirtschaft gestartet, was sich jedoch erfahrungsgemäß als schwierig und zäh erwiesen hat.

Die Lobby-Arbeit in Brüssel wird häufig im Kontext anderer Netzwerke ausgeführt und/oder konzentriert sich auf die Vermittlung von Informationen vor allem über Mechanismen und Programme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Nur wenige Netzwerke weisen eine kontinuierliche Arbeit gegenüber europäischen Institutionen auf. In Bezug auf den UN-Menschenrechtsrat in Genf beschränken sich die meisten Aktivitäten auf die Zuarbeit in Form eines Aide Mémoires oder auf eine sporadische Präsenz im Gefolge anderer Netzwerke. Hinweise auf Tätigkeiten in New York fehlen gänzlich. Eine neue Plattform für Genf eröffnet das UPR-Verfahren beim Menschenrechtsrat, das die direkte Bearbeitung durch deutsche Netzwerke zu einzelnen Themen in einzelnen Ländern zulässt.

Die vorrangigen Themen des Lobbying sind politischer Art: Menschenrechte, entwicklungspolitische Benchmarks zugunsten unterprivilegierten Bevölkerungen einschließlich Armutsbekämpfung, Friedenspolitik, ökonomische Konflikte sowie die Einhaltung spezifischer internationaler Standards bei Arbeit und Soziales (u.a. ICN und ILO). Indigene Völker als Subjekte der Lobby-Arbeit bildeten eher die Ausnahme. In Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte werden politische, kirchliche und wirtschaftliche Entscheidungsträger angesprochen. Mit Ausnahme des Bangladesh-Forums und *Watch Indonesia!* lädt kein anderes Netzwerk explizit Wissenschaftler zur aktiven Mitarbeit ein.

Das A und O der Lobby-Arbeit besteht im Aufbau eines kontinuierlichen Austauschs mit den Partnern aus Politik, Wirtschaft und Kirchen. Lokale Quellen, fremdsprachige Informationen, Kommentare und eigene Expertise, Urgent Actions sowie direkte Kontakte mit Vertreter/innen aus dem Land/aus dem Themenbereich bilden im Wesentlichen die Grundlage. Wer es sich zeitlich und personell leisten kann, stattet den Gegenüber vor allem in den Ministerien regelmäßig einen Besuch ab, um die persönliche Vertrauensbasis zu vertiefen und eine verlässliche Ebene des Austausches herzustellen. Dies umfasst auch Visiten bei deutschen Botschaften im jeweiligen Land. Als eine mögliche Plattform der Vertrauensbildung erweisen sich thematisch orientierte Fachkonferenzen, möglichst unter Beteiligung einheimischer Repräsentant/innen.

Die Attraktivität der Netzwerke für die Gesprächspartner auf ministerieller und parlamentarischer ergibt sich zu Beginn aus dem Renomé der Mitglieder sowie dem öffentlichen Widerhall des Themas bzw. des Landes. Es kann sich

daher für die Lobby-Arbeit bezahlt machen, regelmäßig öffentliche Veranstaltungen in größerem Umfang durchzuführen, um diesen öffentlichen Widerhall zu produzieren. Die Inanspruchnahme auch öffentlicher Protestformen erhöht die Chance einer erfolgreichen Lobby-Arbeit; und sei es die daraus folgende Sensibilisierung für das Thema bzw. das Land. Öffentlichkeit wird entweder direkt über die Netzwerke hergestellt, oder auch über einzelne mitwirkende Organisationen in Kooperation mit dem Netzwerk.

Angesichts dieser Verknüpfung ist es bemerkenswert, dass Presseerklärungen und die Organisation von Pressekonferenzen bei den meisten Netzwerken eine nur untergeordnete Rolle spielen; natürlich unter Berücksichtigung von Aufwand und aktueller Konjunktur des Themas und zu erwartendem Resultat. Auch die regelmäßige Belieferung explizit von Journalisten wurde nur von wenigen Netzwerken genannt. Während die meisten Netzwerke durchaus öffentlichwirksam agieren wollen und auch aktive Kampagnenarbeit betreiben, legen andere eher Wert auf kontinuierliche mehr oder weniger diskrete Kontakte mit politischen Mandatsträgern – also auf Lobby- und Advocacy im ganz engen Sinn.

Manche Netzwerke bestehen aus einem relativ eigenständig organisierten Büro, das in einem lockeren Kontakt zu den finanzierenden Mitgliedsorganisationen über selbst entworfene Aktivitäten und Aktionen berichtet. Der Aspekt der Vernetzung der regionsspezifischen Organisationen spielt etwa beim *Tansania-Netzwerk* oder beim NETZ eine erkennbar größere Rolle als bei anderen Netzwerken. Dazu dienen dann auch newsletter und andere Publikationen, die sich schwerpunktmäßig an die Mitgliedsorganisationen im Netzwerk richten. Der *ÖNZ-newsletter* ist dagegen beispielsweise eher ein Instrument der Lobbyarbeit und wird schwerpunktmäßig an Mandatsträger und in den Ministerien verteilt. Einige Netzwerke sind lockere Verbände einer bunten Vielfalt von Initiativen und Organisationen, andere haben exklusive Mitgliedschaft und betonen die Notwendigkeit vertrauensvoller Zusammenarbeit.

Erfolge wurden unterschiedlich bemessen, beginnend mit größerer, öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit auf das Land oder das Thema, über Publikationen bis hin zu Aktivitäten mit konkret ablesbarem, unmittelbarem Resultat etwa in Form der Freilassung von Gefangenen oder Entscheidungen politischer Gremien. Wie sonst auch, ergab die Kunst der gelungenen Mischung aus Spektakel, spontaner Aktion, beharrlichem Agieren, Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit am ehesten das gewünschte Resultat. Die großen Herausforderungen betreffen in der Regel strukturelle Probleme des Landes oder thematischer Aktionsfelder, die nicht zuletzt eine angemessene personelle Ausstattung sowie ein längerfristiges Finanz- und Zeitbudget benötigen.

Die Finanzierung aller befragten Netzwerke wird zu einem großen Teil über Programm- und Projektförderungen durch kirchliche Hilfswerke bestritten. Gelegentliches Fundraising und vereinzelte Spendenaktionen helfen, auf konjunkturell bedingte Eventualitäten spontan reagieren zu können. Als weitere wichtige Finanzgeber genannt wurden BMZ und EU-Förderprogramme.

Der Standort Berlin und das dortige alltägliche Umfeld an politisch Interessierten erleichtern in vielerlei Hinsicht die Lobby-Arbeit, war allerdings kein unabdingbares Muss. Da bislang viele kirchliche Einrichtungen und Mitglieder der Netzwerke in Bezug auf das hier skizzierte Aktionsfeld sich in anderen Städten befinden, bedeutet der Standort Berlin seitens des Netzwerkes einen direkten Vorteil auch für diese. Relevanter wäre – soweit die Aktivitäten dies anpeilen – ein Standort Brüssel. Die Erfahrungen der Netzwerke legen hier einen Verbund mit anderen nahe, statt ein eigenes Büro zu unterhalten. Genf steht selbst bei den etablierten Netzwerken in der Regel am Anfang und auch nicht im Fokus der Aktivitäten. Grundlage für die internationale Netze sind aber die Netze auf nationaler Ebene, die dann mit der nächsthöheren Vernetzungsstufe einen konstruktiven und verbindlichen Dialog unterhalten können. Eine institutionalisierte Lobby- und Advocacyarbeit für Südasion oder für Indien wäre also ein Baustein für eine institutionalisierte Arbeit dieser Art in Brüssel, Genf oder New York.

Überlegenswert sind die Erfahrungen, dass bestimmte Anliegen besser im regionalen Kontext von Südasion angesprochen werden; sowohl mit Bezug auf Sensibilitäten auf Seiten indischer Repräsentanten des Staates als auch in Bezug auf den Zugewinn einer Advocacy-Stelle gegenüber den bestehenden Lobby-Aktivitäten der NGOs aus der Indien-Koordination. *Sudan Focal Point* legt dabei besonderen Wert darauf, dass mit dem Büro in Nairobi ein enger, und seit Jahren gut gepflegter Kontakt zu den NGOs vor Ort im Sudan besteht. Von hier aus werden von vor Ort immer wieder Themen eingespeist, die nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auf internationaler Ebene bzw. in Deutschland und in den Ländern des Nordens im Sinne einer Advocacy-Strategie behandelt werden müssen. *NETZ/Bangladesh-Forum* sowie *ICN* haben schon bei der Recherche signalisiert, dass sie auf dieser Plattform jetzt schon Interesse an einer Zusammenarbeit mit einem Südasion-Lobbynetzwerk in Deutschland haben.

#### IV. Diskussion der Ergebnisse

Indien nimmt in der deutschen Politik einen zunehmend prominenten Platz ein – als Ankerland der Entwicklungszusammenarbeit und neben China als zweites großes Exportziel in Asien. Aus vielerlei Erfahrungen wissen wir, dass allein diese beiden Themenfelder genügend Konflikt-

stoff bergen, wenn wir absehbare Auswirkungen in Bezug auf unsere indischen Partner („reiches Land mit armen Menschen“) in Rechnung stellen; Stichworte wie Industrialisierung, Energiegewinnung, Wasserkraftwerke, *Cash-Crop*-Produktion und die Verelendung urbaner Bevölkerung mögen genügen. Die jüngsten Konflikte mit religiösem Anstrich verdeutlichen darüber hinaus eine stärker gewordene Strömung in Richtung Hindu-Nationalismus und -Fundamentalismus, der allen inkonformen Mitgliedern der indischen Gesellschaft das Leben schwer oder gar zur Hölle macht. Nicht zu vergessen die überwiegend mangelhafte Umsetzung internationaler, menschenrechtlicher Standards durch Indiens Regierungen. Es wäre also fatal, die skizzierte Entwicklung allein dem Gestalten der Regierungen in Indien und Deutschland bzw. Europa zu überlassen.

##### IV./1. Inhaltliche Akzentuierungen

Lobby-Arbeit und Interessenvertretung in Sachen Indien und einzelnen gesellschaftlichen Segmenten wird bereits durchgeführt: *FIAN*, *EED*, *Misereor*, *Brot für die Welt*, *Welt hungerhilfe*, *ASW*, *Adivasi-Koordination*, *Gossner-Mission*; um einige zu nennen. Davon angesprochen werden in großem Maße die Themenbereiche Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie, faire Handelspolitik, Entwicklungszusammenarbeit mit Fokus auf Armutsbekämpfung und ansatzweise das Werben für zivile Formen der Konfliktbearbeitung. Der internationale Rahmen der indischen Politik spielt dabei immer eine Rolle, wenngleich die Besserstellung der jeweiligen Klientel die Dynamik des Engagements bestimmt. Der Zugewinn einer expliziten Lobby- und Advocacy-Stelle läge in der Bündelung der Themenfelder mit der Absicht der Einflussnahme konzentriert auf die Politikgestaltung in Berlin und Brüssel, mit Abstrichen in Genf; also eine Art internationaler Strukturpolitik von unten. Um als Lobby-Stelle nicht selbst von Null beginnen zu müssen, böte es sich an, mit den Themenfeldern Menschenrechte, faire Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit/ Armutsbekämpfung zu beginnen, um die Erfahrungen bisheriger Arbeiten zu nutzen.

Die Frage, ob eine solche Lobby- und Advocacy-Stelle sich auf Indien bzw. auf einzelne Länderkombinationen wie Pakistan-Indien konzentrieren oder Südasion als regionalen Kontext gleich mit in den Anspruch hinein formulieren soll, ist schwierig zu beantworten. Dafür sprechen die Erfahrungen des *ICN* und das Interesse des *Bangladesh-Forum*s sowie die regionale Überlappung vieler Konfliktfelder: Dalits, Armutsbekämpfung, indigene Völker/*Adivasi*, Energiepolitik/*Staudämme*, religiös konnotierte Gesellschaftspolitik, Friedenspolitik. Geklärt werden müsste, welche Länder dieses „Südasion“ umfassen soll. So gehört auch Afghanistan zu den *SAARC*-Staaten. Dagegen sprächen die recht unterschiedlichen gesellschaftlichen, rechtsstaatlichen und

### Südasiientag Hamburg – Ein Forum der Begegnung von Wissenschaft und Öffentlichkeit

Am 15. November 2008 fand zum sechsten Mal der „Südasien-Tag“ an der Universität Hamburg statt. Diese jährliche Veranstaltung versteht sich als Forum für zeitgenössische Entwicklungen in Politik, Kultur und Religionen der Länder Südasiens. Sie wird jährlich von der Abteilung für Kultur und Geschichte Indiens und Tibets des Asien-Afrika-Instituts in Zusammenarbeit mit Organisationen der südasiatischen Gemeinschaften und bilateralen Kulturgesellschaften in Deutschland veranstaltet. Im Laufe der Jahre hat sich eine Struktur des Tages etabliert: Der erste Teil des Programms widmet sich wirtschaftlichen oder politischen Themen, wobei auch diplomatische Vertreter der Staaten Südasiens in Deutschland zu einer eigenen Diskussionsrunde eingeladen sind. Darauf folgt eine Podiumsdiskussion eingeladener Experten. Im Nachmittagsprogramm werden kulturelle Schwerpunkte gesetzt. Für abendliche Stunden gibt es Tanz-, Gesang- und Musikaufführungen aus Südasiens.

Sri Lanka, das 2008 den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit gefeiert hat, war der Schwerpunkt des 6. Südasiientages. *Sri Lanka Verein Hamburg e.V.* und *Rosenkinder – Fördergemeinschaft für Kinder in Sri Lanka e.V.* bildeten die natürlichen Hauptpartner der Universität in der Organisation dieser Veranstaltung.

Die beiden sachlichen Schwerpunktthemen des Programms waren Religion und Politik in Südasiens und Übergangsriten in Südasiens: Von der Wiege bis zum Grab.

Nach der Diplomaten-Runde moderierte der ehemalige Indien-Botschafter und langjährige Vorsitzende der Deutsch-Indischen Gesellschaft, Dr. Hans-Georg Wieck, eine Podiumsdiskussion zum Thema Religion und Politik im gegenwärtigen Südasiens. Teilnehmer waren unter anderem Joachim Betz (GIGA, Hamburg), Santanu Patro (*Gurukul Lutheran Theological College & Research Institute*, Chennai), Nadja-Christina Schneider (*Humboldt Universität zu Berlin*) und Aslam Syed (*Quaid-e Azam University*, Islamabad).

Das Nachmittagsprogramm unter Moderation von Dr. Mudagamuwe Maithrimurthi (*Universität Heidelberg*) mit Vorführung von Videomaterialien bot eine faszinierende Mischung aus für ein breites Publikum gestalteten Kurzvorträgen von Wissenschaftlern sowie Erfahrungsberichten von Personen, die zumeist aus Südasiens stammen, über Riten in ihren Heimatländern.

*Tatiana Oranskaia*

menschenrechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten Südasiens. Ich tendiere zum Kontext Südasiens, wobei Indien für einige Zeit den Schwerpunkt bilden würde. Diese Frage verdient jedoch ein vertiefendes Nachdenken, weil ein Südasiens-Lobbybüro in Berlin vermutlich zunächst

mit einer einzigen Koordinatorenstelle auskommen muss. Die Grenzen des Machbaren werden hier schnell erreicht.

In gleicher Weise pragmatisch würde sich die Lobby- und Advocacy-Stelle zunächst auf die deutsche Politik kon-

zentrieren, Allianzen dazu aufbauen und bei Gelegenheit nach Verbündeten in Bezug auf die europäische Politik Ausschau halten. ICN stünde m.E. als Kooperationspartner von Beginn an zur Verfügung. Ebenso scheint mir die Einbettung der Dalit-Solidarität in europäische Netzwerke als relativ rasch einsetzbare Expertise abrufbar. Mit weiter gehenden Aufgabenstellungen in Richtung UN-Menschenrechtsmechanismen in Genf oder gar New York wäre ich zurückhaltend, um eine solche Stelle nicht von Anfang an gnadenlos zu überlasten (s. vorherigen Absatz). Hingegen sollte die Arbeit mit Medien eine bedeutsame Rolle spielen.

Der Standort Berlin wäre bei einer Neueinrichtung wohl zu bevorzugen. Selbst entwicklungspolitisch tätige Großorganisationen ziehen sich langsam vom alternativen Standort Bonn zurück, so dass sich die Kompetenzen aus dem informellen Sektor langsam aber sicher in Berlin konzentrieren.

Alle untersuchten Netzwerke werden von kirchlichen Hilfswerken unterstützt, die auch für die angedachte Lobby- und Advocacy-Stelle etwa in Form einer Programmfinanzierung die erste Adresse darstellen. Für Projektfinanzierungen stehen u.U. auch politische Stiftungen zur Verfügung.

## V. Empfehlungen

Sondierungen aufnehmen, um

a) eine Lobby- und Advocacy-Stelle zu Südasiens mit Schwerpunkt Indien aufzubauen; die

b) sich zunächst auf die deutsche Politik in Sachen Menschenrechte, entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Handelsbeziehungen und Energiegewinnung konzentriert; und

c) ihren Sitz in Berlin bezieht.